

12.12.2017

Antrag

der Fraktion der SPD

30 Jahre Erasmus Austausch in Nordrhein-Westfalen – Bildungspolitischen Austausch weiterentwickeln

I. Ausgangslage

Das Erasmus-Programm der EU ermöglicht seit 30 Jahren Studierenden, Praktikanten, Auszubildenden und Hochschulangehörigen einen Auslandsaufenthalt. Es ist als erfolgreichstes EU-Programm anerkannt, weil es ein konkretes Beispiel für die positive Wirkung der europäischen Integration ist. Was 1987 als Mobilitätsprogramm für Studierende begann, hat sich seither weiterentwickelt und das Leben von mehr als fünf Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmer direkt und das Leben zahlreicher anderer Personen indirekt bereichert. Das bislang größte Bildungsprojekt der EU fördert nicht nur den Austausch, sondern schafft ein positives Bild von Europa sowie einen europäischen Mehrwert, durch den Freundschaften auf dem ganzen Kontinent entstehen. Es ist somit ein aktiver Beitrag zum Friedensprojekt Europa.

Mit der Weiterentwicklung des europäischen Bildungsprogramms Erasmus hin zu Erasmus+, dem Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, wurden im Jahr 2014 sieben bestehende Mobilitätsprogramme zu einem einzigen Bildungs- und Mobilitätsprogramm auf EU Ebene zusammengefasst. Vor Erasmus+ gab es unterschiedliche Programme: Erasmus für die Hochschulen, Leonardo da Vinci für den Bereich Berufsbildung, Grundtvig für die Erwachsenenbildung, Comenius für Schulen und noch einige andere. Erasmus+ fasst diese Programme unter einem Dach zusammen.

Mit Erasmus+ kann/können zum Beispiel

- ein Azubi einen Teil seiner Ausbildung in den Niederlanden absolvieren,
- eine Berufsfachschülerin ein Praktikum in Belgien machen,
- eine Studentin ein Semester in Frankreich studieren,
- ein Lehrer eine Fortbildung in Schweden besuchen,
- Jugendliche aus ganz Europa an einem Workcamp in Polen teilnehmen

Datum des Originals: 12.12.2017/Ausgegeben: 12.12.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

oder Bildungseinrichtungen aus verschiedenen Ländern gemeinsam Lehrpläne entwickeln. Sie alle bekommen dafür Geld von der EU.

Insgesamt stehen 14,7 Milliarden Euro bis 2020 zur Verfügung. Das aktuelle Erasmus+ Programm der EU soll insgesamt vier Millionen Studierenden, Praktikanten, Auszubildenden und Hochschulangehörigen einen Auslandsaufenthalt ermöglichen. Die letzte Bundesregierung hatte zum Ziel sowohl die Mobilität von Studierenden als auch von Auszubildenden weiter zu erhöhen. Absolvieren derzeit nur vier Prozent der Auszubildenden einen Auslandsaufenthalt, sollen es bis 2020 zehn Prozent sein. Im Hochschulbereich lautet das Ziel für 2020: Jeder zweite Absolvent sollte im Ausland studiert haben – wenigstens für kurze Zeit. Auch da ist noch Luft nach oben – die Quote stagniert bei etwa 30 Prozent.

In Nordrhein-Westfalen sind wachsende Zahlen im Austausch von Studierenden und Hochschulangehörigen zu verzeichnen. Zahlen über die Teilnahme von Auszubildenden an Erasmus+ liegen der Landesregierung nicht vor.

II. Landtag stellt fest:

- Der 30. Jahrestag von Erasmus fällt mit einem anderen wichtigen Datum der europäischen Integration zusammen, nämlich dem 60. Jahrestag der Römischen Verträge, die eine immer engere Union für Europa vorsehen. Beide Jahrestage symbolisieren das gemeinsame Ziel, Menschen in Europa zu vereinen.
- Erasmus+ fördert europäische und internationale Mobilität. Die Zusammenarbeit führt Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund zusammen und hilft dabei eine europäische Identität zu entwickeln.
- Erasmus+ prägt somit das Leben in NRW lebender junger Menschen und ist ein Beitrag mit dem Zweck, dass die Mitgliedsländer im Bereich Bildung stärker zusammenarbeiten und ihre Bildungssysteme modernisieren.
- Die Teilnahme am Erasmus+ Programm unterstützt vor allem junge Menschen, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben und sie fit für den Arbeitsmarkt zu machen.
- Sollte Großbritannien angesichts des bevorstehenden Austritts aus der Europäischen Union (kurz: „Brexit“) auch aus dem Erasmus+ Programm aussteigen, wäre das ein herber Rückschlag um den Austausch zu fördern. Auch die durch die schwarz-gelbe Landesregierung forcierten Pläne Studiengebühren für Drittstaatlerinnen und Drittstaatler zu erheben, werden den allgemeinen Bildungsaustausch mit anderen Nationen erschweren und können je nach Ausprägung sogar deutlichen Einfluss auf den Austausch innerhalb Europas haben.

III. Der Landtag beschließt:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den kulturellen und bildungspolitischen Austausch von Studierenden, Praktikanten, Auszubildenden, Hochschulangehörigen und pädagogischen Fachkräften zu erhöhen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag ein Konzept vorzulegen, wie Erasmus+ stärker auf Auszubildende auszurichten ist. Hierzu gehören auch die Erhebung von Vergleichszahlen sowie eine Strategie zur Einbindung von Arbeitgebern.
3. Der Landtag spricht sich gegen die Erhebung von Studiengebühren von EU-DrittstaatlerInnen aus und fordert die Landesregierung auf, Maßnahmen vorzulegen wie der Bildungsaustausch – auch vor dem Hintergrund des „Brexit“ – weiter intensiviert werden kann.

Norbert Römer
Marc Herter
Thomas Kutschaty
Michael Hübner
Rüdiger Weiß
Dietmar Bell

und Fraktion